



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

WWW.FR.CH

N° de thème: 999.080

N° d'abonnement: 1088138

Page: 3

Surface: 22'554 mm²

Freiburger Nachrichten AG  
1701 Freiburg  
026/ 426 47 47  
www.freiburger-nachrichten.ch

Genre de média: Médias imprimés  
Type de média: Presse journ./hebd.  
Tirage: 16'482  
Parution: 6x/semaine

Thèmes cantonaux

## Weniger Gesuche für Videoüberwachung

Letztes Jahr hat die kantonale Datenschutzbehörde weniger Anfragen für eine Videoüberwachung erhalten als früher. Ob es effektiv weniger neue Kameras gab, ist offen – vielleicht wurden einige ohne Gesuch montiert.

MIREILLE ROTZETTER

**FREIBURG** Wer einen Teil des öffentlichen Raumes mit einer Kamera überwachen und die Aufnahmen aufzeichnen will, der braucht dazu eine Bewilligung. Diese erteilen die Oberamtmänner – die kantonale Behörde für Öffentlichkeit gibt im Voraus eine Stellungnahme ab. 2012 und 2013 war die Anzahl der Gesuche angestiegen: Es gingen 28 respektive 48 Anfragen ein. Von diesen 48 wurden 42 behandelt und 39 genehmigt. Letztes Jahr gingen lediglich 15 Gesuche ein. «Der Rückgang ist schwierig zu erklären», sagte die kantonale Datenschutzbeauftragte Alice Reichmuth gestern an der Pressekonferenz zur Jahresbilanz der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz.

Reichmuth befürchtet, dass beispielsweise Firmen eine Videoüberwachung installierten, ohne beim Oberamt ein Gesuch einzureichen. «Wenn sie den öffentlichen Raum mit einer Kamera überwachen, müssten sie das jedoch tun», sagt sie. Kontrollen seien schwierig, denn die Oberamtmänner seien lediglich zuständig dafür, jene Installationen zu überprüfen, die sie bewilligt hätten.

Reichmuth machte auf eine

Problematik bei den Webcams aufmerksam: Diese dienen etwa dazu, Wetter und Schneeverhältnisse weiterzugeben, aber haben im Gegensatz zur Videoüberwachung kein Sicherheitsziel. Aus Datenschutzgründen dürften auf diesen Bildern Personen nicht erkennbar sein. Reichmuth hat festgestellt, dass dies bei vielen touristischen Webcams im Kanton dennoch der Fall ist. Sie habe die Verantwortlichen nun kontaktiert. «Oft lässt sich das Problem beheben, indem man den Winkel der Kamera ändert», sagte sie.

Die Datenschutzbehörde war 2014 oft Anlaufstelle für Einwohnerkontrollen: Dabei ging es um Steuer- und Adressdaten, für welche diese Anfragen erhalten hatten.

### Neugier reicht nicht

Die kantonale Behörde kümmert sich jedoch nicht nur um den Schutz von Daten, sondern auch darum, dass Dokumente öffentlicher Ämter an die Öffentlichkeit gelangen können. 2014 gingen bei den öffentlichen Organen 38 Zugangsgesuche von Vereinen, Firmen, Privatpersonen, Anwälten und Medien ein. Sie betrafen meist Landwirtschaft, Umwelt und Bauwesen. Von

den Gesuchen wurden 24 bewilligt und drei teilweise. Ein Gesuch zog der Gesuchsteller wieder zurück, zehn Gesuche wurden nicht bewilligt. Gemäss der Transparenzbeauftragten Annette Zunzer war dafür jedes Mal überwiegendes privates Interesse der Grund. Als Beispiel nannte sie Fälle, in denen Leute wissen wollten, welche Direktzahlungen ein gewisser Landwirt erhalte. «Dem hat das Amt für Umwelt jeweils nicht stattgegeben.» Die kantonale Behörde behandelt die Dossiers, wenn dem Gesuch nicht stattgegeben wurde und sich der Gesuchsteller wehrt; zuvor sind die Ämter oder Gemeinden selbst zuständig.

Annette Zunzer würde sich wünschen, dass insbesondere Medien die Möglichkeiten des neuen Informationsgesetzes mehr nutzen würden. Sie wies darauf hin, dass im Bereich der Umwelt seit einem Jahr neue Regeln gelten, dies aufgrund der europäischen Aarhus-Konvention. Diese räume breitere Zugangsrechte ein. Da sich das Informationsgesetz nicht überall mit der Konvention deckt, ist eine Anpassung des Gesetzes geplant.